Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigen: ... 0.35 R.-M., ... Reklamezeile ... 2 R.-M., für ... Die Briefgebühr ... Anschaltung an be- ... bernommen werden.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Boten ins Haus monatlich 2,00 R.-M. Postbezug für den Monat 2,00 R.-M. einschließlich 0,48 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandsendungen: Für die Woche 1,00 R.-M. Einzelnummer 15 R.-Pf., außerhalb Groß-Dresdens 20 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und ... Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Postadresse: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 14194, 20024, 27981—27983 • Telegr.: Neueste Dresden
Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 220 × Sonntag, 18. September 1932 40. Jahrgang

Preise für die schönsten Photos!
Prämiertes Bild dieser Woche Seite 24

Das Reichskabinett berät weitere Agrarhilfe

Zinsentlastung der Landwirtschaft durch Ausgabe besonders ausgestatteter Pfandbriefe? — Die Verhandlungen mit Bayern

Kontingente und Zinssenkung

B. **Berlin**, 17. September. (Eig. Drahtbericht)

Heute mittag tritt das Reichskabinett zur entscheidenden Beratung über die vom Reichskanzler in Aussicht genommene Kontingentierung der landwirtschaftlichen Einfuhr und der Zinssenkung zusammen. Damit sollen zwei Lücken der letzten Notverordnung ausgefüllt werden. Es handelt sich dabei um Streitobjekte, die schon unter der Regierung Brüning zu

scharfen Auseinandersetzungen zwischen Industrie und Landwirtschaft

geführt haben. Die Landwirtschaft fordert eine umfassende Einfuhrkontingentierung und gleichzeitig eine nochmalige generelle Herabsetzung aller Zinsen, die die landwirtschaftliche Produktion belasten. Die Industrie fühlt sich durch die Kontingentierungswünsche der Agrarier aufs äußerste bedroht, da sie eine schwere Beeinträchtigung ihres Absatzes von einer solchen Maßnahme befürchtet.

Im Kabinett selbst sind die Meinungen geteilt,

wenn auch bestritten wird, daß es darüber hinaus zu scharfen Differenzen gekommen sei. Wie gewöhnlich wird noch in letzter Stunde — und zwar von beiden Seiten her — die Regierung mit Protesten und Entschließungen bestürmt. Am Donnerstag war der Vertreter des Deutschen Landwirtschaftsrats beim Reichspräsidenten, heute veröffentlicht Geheimrat Kastl, der Vorsitzende des Reichsverbands der Deutschen Industrie, einen dringenden Appell an den Kanzler, in dem er

davor warnt, den Weg der Kontingentierung zu beschreiten.

Bezeichnend ist, daß der Reichslandbund dieser Tage erneut den Rücktritt des Ministerialdirektors Posse, des Leiters der Handelspolitischen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums, angekündigt hat, wobei offenbar der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Der Vorstoß des Reichslandbundes ist um so eigenartiger, als Ministerialdirektor Posse, der wiederholt den

überspitzten Agitationsanträgen der Landwirtschaft

entgegengetreten ist, zur Zeit die Interessen des Reichs bei den schwierigen internationalen Verhandlungen in Stresa vertritt. Der „Berliner Börsen-Courier" verlangt eine Erklärung der Reichsregierung, denn es verträge sich nicht mit der Autorität des Kabinetts, wenn es länger dulde, daß Männer, die ihre ganze Kraft der Regierung widmen, von dem Organ einer Wirtschaftsgruppe angegriffen werden, die sich über mangelnde Berücksichtigung ihrer Interessen durch die jetzige Reichsregierung wahrlich nicht zu beklagen hat. Wie die „D. A. Z." mitteilt, hat der sogenannte handelspolitische Ausschuß der Reichsregierung in wochenlangen Verhandlungen bestimmte Vorschläge ausgearbeitet, die eine Kontingentierung eines großen Teils der Einfuhr vorsehen. Doch ist

noch keine endgültige Verständigung in der Angelegenheit herbeigeführt worden.

In wirtschaftlichen Kreisen rechnet man damit, daß vom Kabinett etwa ein Viertel der insgesamt geplanten Kontingente, 20 bis 25 an der Zahl, durchgeführt werden wird. Der Kontingentierung sollen die Warengattungen unterliegen, die nicht auf dem Zollwege geregelt werden können. Ein erhöhter Zoll ist nach den Mitteilungen der „D. A. Z.", namentlich für Eier vorgesehen. Bei der Butter denkt man an eine Art Einfuhrmonopol.

In der Zinssenkungsfrage

steht nach der gleichen Quelle ein Plan im Vordergrund, nach dem die landwirtschaftlichen Pfandbriefinstitute zur Herausgabe neuer 4½prozentiger Goldpfandbriefe ermächtigt werden sollen, die mit Reichsgarantie und Steuerbefreiung ausgestattet sind. Diese Pfandbriefe sollen dann den Besitzern der jetzt meist 6prozentigen Emissionen zum Umtausch angeboten werden, wobei man glaubt, daß ihre Ausstattung einen genügenden Anreiz bilden wird. Nach dem „Berliner Lokalanzeiger" haben Reichskanzler und Reichsernährungsminister landwirtschaftliche Vertreter der deutschnationalen Reichstagsfraktion empfangen. Der Reichskanzler soll

weitgehende Unterstützung der Landwirtschaft über den bisherigen Rahmen hinaus

zugesagt haben. Die Maßnahmen, die in allernächster Zeit zur Durchführung gelangen, würden eine ausreichende Hilfe für die Landwirtschaft darstellen.

•

Heute noch keine Beschlüsse

B. **Berlin**, 17. September. (Eig. Drahtbericht)

Das Reichskabinett hat heute mittag 11,30 Uhr mit seinen Beratungen über die Frage der Kontingentierung und die Zinssenkung begonnen. Es scheint, daß über die Zinsregelung eine Vereinigung bereits erzielt worden ist, doch sind endgültige Beschlüsse des Kabinetts heute noch nicht zu erwarten. Der Reichspräsident hat noch am Vormittag den Landwirtschaftsminister v. Braun zum Vortrag empfangen.

•

Neuwahlen am 6. November

* **Berlin**, 17. September. (Durch Funkspruch)

Wie wir erfahren, hat das Kabinett in seiner heutigen Sitzung beschlossen, die Neuwahlen zum Reichstag auf den 6. November anzusetzen.

Förderung des Kredits

* **Berlin**, 17. September

Angesichts der erhöhten Kreditanforderungen, die das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung bei der zu erwartenden Belebung der Produktion an die Banken stellen wird, ist, wie die „Vossische Zeitung" berichtet, beabsichtigt, eine „Verordnung zur Förderung des gewerblichen Kredites" zu erlassen, die in kurzer Zeit veröffentlicht und unmittelbar darauf in Kraft gesetzt werden soll.

Ihr wesentlichstes Ziel soll dahin gehen, die Bewegungsfreiheit der Banken zu verstärken, damit sie sich ohne übertriebene Hemmungen in den Dienst der Ankurbelung stellen können. Man hält es, so schreibt das Blatt, für notwendig, den Banken eine Liquiditätshilfe zu gewähren, damit sie sich vor den möglicherweise an sie herantretenden, wirtschaftlich durchaus gesunden Kreditgesuchen nicht aus Kassensorgen zu verschließen brauchen.

Es wird ihnen die Möglichkeit gegeben, festgefrorene, aber in ihrer Sicherheit einwandfreie Debitoren, die ihre Bankschuld lediglich infolge der Zerrüttung des Kapitalmarktes nicht durch die Emission von Aktien oder Schuldverschreibungen haben ablösen können, in eine neu zu gründende Gesellschaft, das „Industrie-Finanzierungs-Institut", einzubringen. Dieses Institut wird voraussichtlich ein Aktienkapital von 80 Millionen Mark haben, an dessen Zeichnung sich die Banken beteiligen, die von der Einrichtung überhaupt Gebrauch zu machen wünschen.

Unabhängig von der Gründung des Industrie-Finanzierungs-Institutes, soll die Verordnung zur Förderung des gewerblichen Kredites noch die Errichtung einer Amortisationskasse vorsehen. Diese Amortisationskasse soll als Auffangorganisation für sanierungsreife Debitoren und abschreibungsbedürftige Effektenbestände der Banken fungieren.

•

Die Vorstellungen der Industrie

VDZ. **Berlin**, 17. September

Reichskanzler v. Papen empfing am Freitag Vertreter des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und andrer Wirtschaftsorganisationen zu einer Aussprache über das wirtschaftspolitische Programm der Reichsregierung. Eine offizielle Mitteilung, die Näheres über das Ergebnis dieser Besprechungen besagte, wurde nicht veröffentlicht.

Der Standpunkt der Industrie erhellt jedoch aus einer Veröffentlichung in einem Fachblatt der Eisenwarenindustrie. Es handelt sich dabei um ein längeres Schreiben, das der geschäftsführende Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Geheimrat Kastl, an den Reichskanzler gerichtet hatte, und das wohl auch die Grundlage der mündlichen Aussprache bildete.

In dem Schreiben wird das von der Reichsregierung begonnene Reformwerk begrüßt, weil es der privaten Initiative wieder die Möglichkeit freier Entfaltung gebe. In den angekündigten Kontingentierungsmaßnahmen, denen außenhandelsmonopolitische Tendenzen innewohnten, erblickt der Reichsverband jedoch einen Widerspruch zu diesem Leitgedanken der Regierung. Die Wirtschaftsfreiheit werde durch die Kontingentierungen nicht gefördert. Auch glaubt die Industrie, daß mit Kontingentierungen der Landwirtschaft keine wirksame Hilfe gebracht werden könne, wobei auf die vom Ausland zu erwartenden Gegenmaßnahmen verwiesen wird, die den deutschen Export schädigen müßten. Jede Beeinträchtigung des deutschen Exports aber schwäche die Kaufkraft zum Schaden der Landwirtschaft.

Das gepeinigte Danzig

Von Richard Bahr

Die Danziger Frage, die zugleich die Frage vom Korridor und vom Gdingener Hafen ist, hat im letzten Jahr eine weitere, fast schon gefährliche Zuspitzung erfahren. Unser Berliner Mitarbeiter, Dr. Richard Bahr, hat in diesen Wochen die Dinge an Ort und Stelle studiert. Er hat die Stadt Danzig und den Korridor besucht und ist die Weichselgrenze entlang gefahren. Die Ereignisse der letzten Tage und die unerhörte polnische Note, die in drohendem Tone Danzigs Unterwerfung verlangt, machen die Beobachtungen Richard Bahrs besonders aktuell und bedeutungsvoll.

Die Redaktion

I.

Wer Danzig ein paar Jahre nicht gesehen hat, ist erschüttert. Nicht, daß das Antlitz der angeblich Freien Stadt wesentlich sich verändert hätte. Die Zeugen stolzer Vergangenheit stehen immer noch aufrecht, die vlaemischen Giebelhäuser und die Kirchen und Profanbauten im gotischen Backsteinstil. Der Artushof mit dem durch die Jahrhunderte plätschernden Neptunbrunnen, das Rathaus mit seinem zierlichen Glockenturm und die gewaltige Marienkirche mit Hans Memlings Flügelaltar vom Jüngsten Gericht. Die Zahl der polnischen Uniformen, bei Eisenbahnbeamten und Angestellten der Hafenpost, scheint sich kaum wesentlich vermehrt zu haben. Und an die polnischen Briefkästen in dem durch Völkerbundsgeheiß allerdings sehr weit gestreckten Hafenbezirk hat das Auge — leider auch das der Danziger — allgemach sich gewöhnt. Dennoch liegt über Stadt und Staat ein Dunst von leiser Verzweiflung. Man baut nicht mehr, man plant nicht mehr, man stiert nur noch aus glanzlos gewordenen Augen in die Zukunft. Und ab und zu macht man bankrott oder läßt seine Wechsel zu Protest gehen.

Die polnische Taktik hat sich seit ein paar Jahren gewandelt. Anfangs, wenn man so will, hatte man mit offenem Visier gekämpft. Man meldete politische Forderungen an und suchte, sozusagen mit politischen Mitteln, sie durchzudrücken. Dazwischen markierte Herr Strasburger, der damalige diplomatische Vertreter Polens, aalglatt, verbindlich in den Formen und schwer zu fassen, den Vermittler. Sein Dessin war: Hebung der Danziger Wirtschaft in Zusammenhang und Gemeinschaft mit der polnischen. Als die Mattenfängerweise nicht verfing, die Danziger keine Neigung zeigten, ihre spärlichen politischen Freiheiten um immer noch zweifelhafte wirtschaftliche Vorzugsrationen zu verkaufen, hatte Herr Strasburger den Boden unter den Füßen verloren. Man rief ihn ab und setzte Herrn Papée, den Mann der kühlen Sachlichkeit, an seine Stelle. Der spann nun einen andern Faden. Von politischen Ansprüchen Polens, Ausweitung des politischen Machtbereichs der polnischen Republik wurde nicht mehr gesprochen. Papées Formel lautete (und lautet noch): Zurück zu den Verträgen! Weniger zu dem Traktat von Versailles als zu den Abkommen von Paris und Warschau, die die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Freien Stadt und Polen regeln sollten. Und so war's, bei Licht besehen, nur des nämlichen Fadens eine andre Nummer. Zu den Verträgen will ja auch die Freie Stadt zurück. Sintemalen die noch den einzigen Rechtsgrund ihrer schwankenden und brüchigen Existenz darstellen. Doch Polen, leider, legt diese Verträge anders aus als Danzig. Mitleidslos, unnachgiebig, talmudistisch: Punkt für Punkt, Komma für Komma. Mit derselben messerscharfen Logik, mit der der Wolf die These von der Trübung des Bachs durch das Schaf verfocht. Die Danziger, in der nüchternen Erkenntnis ihrer Schwäche, haben verhandeln wollen. Direkt, ohne Hohen Kommissar und Völkerbund, ein Staat mit dem andern. Sie haben alle Systeme durchprobiert, vom starren bis zu dem nachsichtiger Duldung. Haben rechts herum regiert und — den Polen weit entgegenkommend — auch links herum. Schließlich haben sie doch immer wieder auf Granit gebissen. Dreißig Millionen Einwohner gegen höchstens vierhunderttausend: das Kräfteverhältnis ist zu ungleich . . .

• • •

In diesem Jahr hätte Danzig ein Jubiläum feiern können: Im Januar waren es genau zehn Jahre, daß man mit der polnischen Republik in Zollgemeinschaft lebt. Man hat das Jubiläum nicht gefeiert. Statt dessen hat man beim Völkerbund beantragt, die Union zu lösen, von der es in der dem Antrag beigegebenen umfangreichen Begründung*) heißt, daß sie die Daseinsbedingungen der Freien Stadt fortschreitend zerstört habe: „Die Zollverbindung mit Polen hat in den zehn Jahren ihres Bestandes Danzigs Staat und Wirtschaft in den Grundlagen unterhöhlt, wirtschaftspolitisch teils infolge der unüberbrückbaren Verschiedenheiten der beiderseitigen Volkswirtschaften, teils infolge der für Danzig abträglichen polnischen Wirtschaftspolitik, staatsfinanziell teils durch den Einnahmeverlust und Ausgabenzuwachs innerhalb der Zollverwaltung, teils durch die fiskalischen Folgen des wirtschaftlichen Niedergangs. Die vom Versailler Vertrag geschaffene Rechtsordnung des Ostens ist in Gefahr, an dieser Stelle zu zerbrechen."

Es ist absurd, aber es ist so: dieses deutsche Danzig muß, um überhaupt atmen zu können, sehr gegen sein Gefühl, fort und fort auf den Machtspruch von Versailles sich berufen, der alles Deutschen Feind ist . . .

• • •

Ein temperamentvoller Aufsatz in der „Danziger Wirtschaftszeitung" hat kürzlich die Zollgemeinschaft mit Polen eine „societas leonina" genannt. Man wird einwenden: der polnischen Republik, da sie über die Ausführungsverträge zum Versailler Traktat verhandelte, hätten derlei Absichten doch wohl ferngelegen. Auch in Warschau hätte man den Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung nicht voraussehen können. Nicht geahnt, wie fürchterlich in der Weltkrise gerade Polen verarmen würde. (Weit mehr und erbarmungsloser, als man aus falsch verstandenem Patriotismus bisher hat zugestehen wollen.) Und daß, um die Währungsdecke zu schützen, es eines Tages gezwungen werden könnte, die Wareneinfuhr rücksichtslos zu drosseln. Vielleicht, vielleicht auch nicht. Sicher jedenfalls ist von allen diesen neumerkantilistischen Staaten, die durch Zwangsbewirtschaftung und immer höhere Zollmauern den Zusammenbruch aufzuhalten wähnen, Polen der am meisten merkantilistische. Seine Grenzen wurden von stinksachen Drahtverhauen umgürtet. „Es gibt fast keinen Exportartikel, der nicht vom polnischen Staat kontrolliert, reglementiert, standardisiert, syndikalisiert, subventioniert würde." Polens Wirtschaft, in weitem Ausmaß, ist Planwirtschaft geworden, und die Methoden seines Außenhandels liegen vom sowjetrussischen gar nicht mehr weit ab.

Danzig aber, dem die freie Konkurrenz die Lebensluft bedeutet, sitzt in der Mausefalle und muß — mitgehangen, mitgefangen — alles mitmachen. Nur an der staatlichen Förderung der polnischen Unternehmungen hat es keinen Teil, die ihre Spitzen vielmehr alsobald gegen die Freie Stadt kehren. Auch eine noch so autarkische Wirtschaftsführung kennt natürlich Ausnahmen. Güter, die für den Bedarf der eigenen Wirtschaft lebenswichtig sind, werden, wenn schon unter gewissen Kautelen, hereingelassen. Firmen im polnischen Staatsgebiet erhalten durch die souverän schaltende Ministerialbürokratie mancherlei Erleichterungen, Ermäßigungen, gelegentlich wohl selbst Zollfreiheit. Danziger Staatsangehörige erhalten sie nie. Hier schon, im Verkehr mit dem Zollausland, hebt die unterschiedliche Behandlung Polens und Danzigs an. Im Verkehr der beiden Unionspartner, zu deutsch also, im Zollinland selber, wird sie erst recht sich fortsetzen. In unverhülltem Widerspruch zu den Verträgen, die Danzig doch nahezu monopolitisch den „großen polnischen Markt" öffnen sollten, hat man rings um den Freistaat eine Zwischengrenze aufgeworfen. Wer immer in Danzig Waren nach Polen zu versenden wünscht, hat zuvor die Fakturen im Büro des Herrn Papée abstempeln zu lassen. Die Abstempelung kann unter Umständen verweigert werden und wird auch gelegentlich verweigert. Verzichtet die polnische diplomatische Vertretung aber auf dieses „liberum veto", so hat der also Beglückte einen Wertzoll von 1 Prozent zu entrichten. Ist es boshaft, wenn man behauptet, die Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft sei auf die Art bereits von Polen freihändig aufgehoben worden?

(Weitere Aufsätze folgen)

*) „Bilanz nach zehn Jahren Danzig-Polnischer Zollgemeinschaft." Sonderdruck der „Danziger Wirtschaftszeitung", Juni 1932.